

Wann, wenn nicht jetzt? Politische Bildung stärken!

Erklärung der Teilnehmenden der Fachtagung „Wann, wenn nicht jetzt? Politische Bildung in den Schulen in Hessen“ der GEW Hessen am 7. September 2016 in Frankfurt am Main

Wann, wenn nicht heute, da rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien bei Wahlen erschreckende Stimmenzugewinne erzielen, müsste die Stärkung der politischen Bildung auf der Tagesordnung stehen? Die Teilnehmenden der Fachtagung aus Schule, Wissenschaft, Politik und Kirche mussten zur Kenntnis nehmen, dass die Rahmenbedingungen für politische Bildung in Hessen ein Niveau erreicht haben, das inakzeptabel ist.

In Hessen werden ca. 50 % der politischen und historischen Bildung fachfremd unterrichtet (vgl. Große Anfrage betreffend Unterrichtssituation und Lehrkräftebedarf in Hessen, Drucksache 19/2933). Nicht, dass dies in jedem Fall zu unzureichender Bildung in den genannten Fächern führte oder die fachfremd unterrichtenden Kolleginnen und Kollegen keinen engagierten und verantwortungsvollen Unterricht erteilten. Doch jeder weiß, dass Lehrkräfte in ihren studierten Fächern die Profis sind. Fachfremder Unterricht schadet nicht nur der Unterrichtsqualität, es droht auch die Deprofessionalisierung der politischen Bildung.

Auch strukturell liegt die politische Bildung in Hessen brach. In der Mittelstufe bleibt das Fach Politik und Wirtschaft auf der Stundentafel hinter der Stundenzahl der Fächer Erdkunde und Geschichte zurück, in der gymnasialen Oberstufe darf Politik und Wirtschaft nach der Q2 (12. Klasse) abgewählt werden.

Deshalb fordern wir:

- Aufstockung der Stunden des Faches Politik und Wirtschaft in den Stundentafeln
- gezielte und vermehrte Einstellung und Einsatz von ausgebildeten Politik und Wirtschaft-Lehrkräften
- Professionalisierung des Politikunterrichts durch umfassende und finanziell gut ausgestattete Fort- und Weiterbildung
- Nachqualifizierung zum Erwerb des Lehramts durch Weiterbildung
- verbindliche Fortführung des Faches Politik und Wirtschaft bis zum Abitur
- curriculare Verankerung des Politikunterrichts für alle Schulformen innerhalb der berufsbildenden Schulen
- Konzeptionelles Nachdenken über fächerverbindenden Unterricht im Rahmen politischer und historischer Bildung
- eine demokratische Schule, in der Politik und Demokratie nicht nur gelehrt, sondern auch gelebt wird; das heißt insbesondere: Stärkung der Rechte der SchülerInnen-Vertretung und der Gesamtkonferenzen
- die Verankerung der Themenfelder betriebliche Interessenvertretung, Gewerkschaften und Arbeitnehmerrechte in den Fächern der politischen Bildung

Nach Oskar Negt ist die Demokratie die einzige Staatsform, die gelernt werden muss. Einem autoritären und populistischen Politikverständnis kann nur mit einer lebendigen und vor Ort gelebten Demokratie entgegengetreten werden. Dazu bedarf es aktiver Auseinandersetzung mit Politik, der Erfahrung von Wirkungsmächtigkeit, eigener Urteilsfähigkeit, Reflexion und Selbstständigkeit.